

WIRTSCHAFT UND POLITIK

# Spenden sind nicht alles



Wenn Lobbying zu teuer ist: Mithilfe von Sprechblasen werden UmweltaktivistInnen plötzlich von der Politik unterstützt.

**Die Wirtschaft macht PolitikerInnen mit Geld gefügig, so lautet eine landläufige, aber stark vereinfachende Ansicht. In Luxemburg geht das Lobbying verschlungene Wege.**

(RK) - Ob es um CO<sub>2</sub>-Einsparungen geht oder um die Lockerung des Bankgeheimnisses, häufig stehen wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel, wenn Abgeordnete über Gesetze abstimmen und MinisterInnen Entscheidungen treffen. Versucht die Wirtschaft, Einfluss auf die politischen Parteien zu nehmen? "Über die Spenden jedenfalls nicht", versichert Jean-Louis Schiltz, Parteisekretär der CSV gegenüber der woxx. "Spenden spielen für unser Budget eine geringe Rolle, und wir laufen auch niemandem hinterher." Seiner Partei sei es wichtig, ihre finanzielle Unabhängigkeit zu bewahren.

"Wir sind nicht gegen Spenden", sagt François Bausch (Déi Gréng). Eine Partei dürfe aber nicht abhängig von ihren Förderern werden. "Gesetzt den Fall, eine Partei kassiert Millionen-spenden von den Banken, wie frei entscheidet sie dann noch über Angelegenheiten des Finanzplatzes?", fragt er. Solche Bedenken hatte vor Jahren auch Jeannot Krecké geäußert. "Ich will nicht behaupten, dass die Spender einen direkten Einfluss ausüben", so der einstige Finanzverwalter der LSAP. "Ich fühle mich unwohl dabei, Geld in Empfang zu nehmen und mich zu fragen, was wohl als Gegenleistung erwartet wird." In dieser Hinsicht stellt er eine drastische Veränderung fest. Seit der Einführung der Wahlkampfkostenersatzung seien die Parteien viel weniger auf Spenden angewiesen als früher.

Jeannot Krecké schätzt das Spendenaufkommen auf 50.000 Euro, das wären sieben Prozent des offiziellen LSAP-Wahlkampfbudgets.

Hinzu kommen, so der Sozialist, Mitgliedsbeiträge, Abgaben der Mandatsträger und die Spenden der KandidatInnen. Eine ähnliche Zusammensetzung gibt Jean-Louis Schiltz an, bei einem etwas höheren Gesamtbudget von 800.000 Euro. Glaubt man diesen Angaben, so fällt das Werbebudget der Grünen (400.000 Euro) recht ansehnlich aus für eine Partei, die gerade mal Fraktionsstärke erreicht. Ein knappes Drittel davon stammt allerdings aus einem Fonds électoral, in den die Abgeordneten während der letzten fünf Jahre eingezahlt haben.

## Budgets offen legen

François Bausch ist skeptisch, was die Zahlenangaben der großen Parteien angeht. "Wir wissen ja jetzt auch, was Anzeigen und Fernsehspots kosten." Solche Zahlenspielerien seien nur möglich, weil niemand sein Budget samt Rechnungen einer Kontrolle unterwerfen müsse. Seine Partei werde im kommenden Januar alles offen legen, die Ausgaben wie die Spenden.

Seit Jahren fordern die Grünen ein Gesetz zur Parteienfinanzierung. Das soll einerseits dazu dienen, den Parteiapparat unabhängig von den Wahlen und der Parlamentsarbeit zu finanzieren. Andererseits würden die Parteienkonten einer Kontrolle durch den Rechnungshof unterworfen, und ab einer bestimmten Summe müssten die SpenderInnen veröffentlicht werden. "Die Leute sollten wissen, wer hinter einer Partei steht", findet François Bausch.

Auch Jeannot Krecké spricht sich für eine Finanzierung der Parteiapparate und mehr Transparenz in Sachen Spendengelder

aus. Solche Regelung sind in den vergangenen Jahren an der DP gescheitert. Deren Argumente: Die Finanzierung sei ein Diebstahl an den Steuerzahlern, und die Forderung nach Transparenz nichts als missionarischer Eifer der grünen Weltverbesserer.

Die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik beschränkt sich allerdings nicht auf das Instrument Parteispende. Beim Lobbying in Restaurants und auf Golfplätzen geht es weniger darum, dass sich PolitikerInnen aushalten lassen, als darum, dass sie ihren GesprächspartnerInnen Zeit und ein offenes Ohr schenken. "Da ist nichts Anrüchiges dabei", lautet die Einschätzung von Jeannot Krecké. "Politiker sind dazu da zuzuhören. NGOs und Gewerkschaften betreiben ebenfalls Lobbying." Außerdem sei Luxemburg nicht mit Brüssel zu vergleichen, wo Beamte und Mandatäre von Wirtschaftslobbyisten belagert werden. Wichtig sei, so Jeannot Krecké, charakterstark und kompetent genug zu sein, um sich eine unabhängige Meinung bilden zu können.

## Reden und handeln

"Das Lobbying findet in Luxemburg in einem institutionellen Rahmen statt", betont Jean-Louis Schiltz. Er verweist auf die schriftliche Begutachtung der Gesetzesprojekte durch die Berufskammern. Daneben gibt es offizielle Treffen zwischen Parteien und Interessengruppen. Das Sorge für eine gewisse Transparenz, so der CSV-Generalsekretär. Wie weit diese Transparenz wirklich reicht, ist unklar. Über die Treffen mit anschließendem gemeinsamen Pressecommuniqué hinaus scheint es einen regen Gesprächsbedarf zu geben. In den zahlreichen inoffiziellen Treffen, über die nur hinter vorgehaltener Hand erzählt wird, redet man Klartext und verhandelt hart. Richtig ist aber, dass nicht nur die Wirtschaftslobby diese Art der Einflussnahme pflegt. Allerdings kann sie in der Regel konkretere Argumente wie Standort-sicherung und Arbeitsplätze vorbringen.

Besonders effizient ist das Lobbying dann, wenn InteressenvertreterInnen direkt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Ein unrühmliches Beispiel hierfür ist die Umsetzung der jüngsten Geldwäsche-Direktive in luxemburgisches Recht. In seinem Gesetzentwurf hatte das Justizministerium den europäischen Text eher streng ausgelegt. Das lief vor allem den Interessen der Geschäftsanwälte zuwider. Nachdem Staatsrat und parlamentarische Kommission die Vorlage überarbeitet hatten, wurde am Ende ein Gesetz abge-segnet, das eine eher stumpfe Waffe gegen Geldwäsche darstellt. Der Clou: In der Kommission finden sich mehrere Geschäftsanwälte wieder, darunter der Autor des Abschlussberichts. Die Interessenverquickung von Banken und Politik, lange Zeit diskret gehandhabt, scheint sich in Krisenzeiten offener zeigen zu können. Die Kandidaturen der Finanzplatz-Schergewichter Kik Schneider, Lucien Thiel und Paul Hammelmann auf den Listen von DP, CSV und LSAP setzen diesen Trend fort. Dagegen hilft auch keine Kontrolle der Spenden und Konten.

## Gemeinwohlarbeit zum Billigtarif

Die Luft ist raus aus dem Kandidatenstreit zwischen Journal-Chefredakteur Rob Roemen und OGBL-Boss John Castegnaro um die Beschäftigungsinitiative "Objectif Plein Emploi" (OPE). Es habe keine "Dysfonctionnements", sondern lediglich Unregelmäßigkeiten gegeben, sagte Arbeitsminister François Biltgen auf einer Pressekonferenz am vergangenen Freitag. Und die seien dabei geregelt zu werden - unter anderem durch das Inkrafttreten des noch ausstehenden Gesetzes zu den Beschäftigungsinitiativen. Biltgen warf in seiner ausführlichen Stellungnahme auch die fundamentale Frage nach Sinn und Zweck von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf. So habe der Staat bislang bewusst nur Initiativen fördern wollen, welche die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zum Ziel gehabt hätten. Im Falle des OPE gehe es aber eher darum einen zweiten aufzubauen, nämlich den der Solidarwirtschaft.

In der Tat schlagen lokale Beschäftigungsprogramme, die, von den Gemeinden stark subventioniert, mit ihren "stagiaires" so unterschiedliche Arbeiten übernehmen wie Kinderbetreuung oder Gartenarbeiten, zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie verschaffen Menschen Arbeit - und sparen den Gemeinden viel Geld. Das ist allerdings auch das Dilemma, in dem sich die Beschäftigungsinitiativen befinden. Weil sie Löhne meist nur in der Höhe des Mindestlohnes bezahlen, tragen sie dazu bei, dass sich Gemeinwohlarbeit zum Billigtarif etabliert.

Der Vorwurf von Arbeitgeberseite hingegen, die Beschäftigungsinitiativen würden eine unlautere Konkurrenz gegenüber "normale" Betrieben darstellen, ist leicht abzuwehren. Viele Arbeiten, die von Initiativen wie dem OPE geleitet werden, sind für den freien Markt wirtschaftlich uninteressant. Zudem tut sich das Luxemburger Patronat ohnehin schwer, Arbeitssuchende zu integrieren und Weiterbildung im Betrieb zu fördern. Dann wird lieber auf Interimverträge mit GrenzgängerInnen zurückgegriffen oder nach polnischen Leiharbeitern gerufen.

## Wählt RTL

Ein offenes Geheimnis: In Luxemburg sind Medien und Politik besonders eng miteinander verzahnt. Da eine Zeitung, die den Wahlkampf "ihrer" Partei betreibt, dort ein Sender, der die Wahlkampagne zur Eigenwerbung nutzt. Unser letztes Dossier vor den Wahlen beleuchtet, wie die Medien ihrem politischem Bildungsauftrag nachkommen.

## Alles Autodidakten

Sie sind Rechtsanwältinnen, ehemalige Lehrer oder Krankenschwester - und sie regieren unser Land. Weil es keine Ausbildung gibt, müssen sich die meisten das Handwerkzeug zum/zur PolitikerIn selbst beibringen: Learning by doing eben.

## Überfälle in der woxx-Redaktion

Bronx, Brixton, Barbès und Luxembourg-Gare - wenn es nach dem Tageblatt geht, könnte man meinen, die Luxemburger Bahnhofsgegend lasse sich nahtlos unter die berühmten Problemviertel von New York, London und Paris einordnen. Die woxxies haben dem Thema nicht nur einen Kommentar gewidmet, sondern sich auch gefragt, ob sie schon einmal in ihrem Viertel überfallen worden sind. Keineswegs, so die einhellige Antwort. Gefahr läuft man höchstens, vor der Tür von einem Bus überfahren oder im angrenzenden Monopol von einer Rentnerin über den Hauften gerannt zu werden. Doch richtiger Nervenkitzel droht aus dem Innern des Gebäudes: zum Beispiel durch den ohrenbetäubenden Bohrlärm des Zahnarztes im ersten Stock. Und überfallen kann einE woxxie selbst in der woxx-Redaktion werden - und zwar von der Müdigkeit nach einem langen Arbeitstag vor dem Bildschirm.